

Die Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbindes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes und des Berufsverbandes christlicher Handarbeiter mit der Monatsbeilage „Die berufstüfige Frau“.

Erscheint alle 14 Tage Samstage Bezugspreis: Durch die Post für Nichtmitglieder vierzehnlich 8 Mark ohne Briefporto.

Köln, den 12. November 1921.
Sekretariate Venloerwall 9 Berlin R 252.

Redaktionsschluß Montagsmittags vor dem Erscheinungsstag. Unterlagenannahme: Otto Kleine, Berlin SW 47. Mäderstraße 67

Gegen die Vergewaltigung.

Protest der deutschen Arbeitnehmerorganisationen gegen die Entscheidung über Oberschlesien.

Ohne Rücksicht auf die heiterlich Willenserklärung der Bevölkerung, ohne Rücksicht zwischen den Vorschriften des Verfaßten Vertrages, ohne jede Erwägung darüber, wie Deutschland die wütende Last der Reparationsverpflichtungen tatsächlich tragen kann, haben Völkerbundsrat und die Hauptmächte der Entente das Urteil der Teilung Oberschlesiens beschlossen.

Gegen diese Entscheidung erhebt:

Die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer durch ihre Spitzenorganisationen vor aller Welt ihren Protest. Sie erblidt in diesem, dem Deutschen Volke ohne jede Unhörung aufgezwungenen Beschuß eine Vergewaltigung und einen Schmachschwund schlimmster Art, eine Handlung, die außerdem im schärfsten Widerspruch mit dem ehrerbatham verhinderten Zweck des Vaterlandes der friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten steht. Gegen ihren ausdrücklichen Willen, gegen Geist und Sinn des Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sollen hungrige und ausbeutende deutscher Volksgenosse einem Staat überantwortet werden, der kulturell, sozial und wirtschaftlich eindständig ist. Das in Deutschland gepflegte und gelegentlich festgelegte Rechtsschutz der Arbeitnehmer ist in Polen nicht gewährleistet. Rechtlos und hilflos sind diese Volksgenosse dem Mißbrauch der politischen Gewalt durch die Behörden preisgegeben.

Während das deutsche Wirtschaftsleben schon den ersten Versuchen zur Erfüllung der Reparationslasten schweren Erschütterungen ausgesetzt ist, werden ihm wertvolle, unentbehrliche Hilfe zu Unrecht entzogen. Die deutsche Arbeitnehmer hat wiederholt ihren ehrlichen Willen zur Mitarbeit an den Pflichten der Reparation befunden. Dieser Wille wird durch die heutige Entscheidung glatt zerstochen. Es genügt den Anteiln, als soll die Reparation verhindert werden, um dann gegen Deutschland mit allen Zwangsmethoden vorgehen zu können. 10 Millionen deutscher Arbeitnehmer sprechen damit den gegen ihren Willen uns entzogenen Oberschlesiern ihr tiefstes Mitgefühl aus. Wir werden nie aufhören, auch als Volksgenossen zu danken und werden nie erlahmen, zu beteuern, daß wir die Ferreichung Oberschlesiens, entgegen dem einwandfrei festgestellten Rechtswillen der beteiligten Bevölkerung, keinen Vernunft und Gerechtigkeit erfordert ist. Es brennendes Unrecht zu betrachten. Wir appellieren an das Gewissen der ganzen Kulturwelt in der letzten Zuersticht, daß mit Hilfe aller

ehrlichen Menschen der Geist der Völkerfreundschaft und das Recht auch auf unsere öberschlesischen Volksgenossen Anwendung finden wird.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund und Allgemeiner freier Angestelltenbund. Deutscher Gewerkschaftsbund. Deutscher Gewerkschaftsrat. Deutscher Beamtenbund.

Wege zur inneren Gesundung.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 4. und 5. September in Berlin zusammen, um zu wichtigen Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen. Im Anschluß an die Tagung erließ er eine Kundgebung, die wir leider erst jetzt zum Abdruck bringen können.

Politische Notstände.

Der große Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (umfassend den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, den Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften und den Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften) bestätigt die vergrößerte Hochspannung der politischen Klassen.

Das erste und allen Deutschen gemeinsame Ziel, der Wiederaufbau des Vaterlandes und die Wiederherstellung seiner nationalen Unabhängigkeit, muß in diesem Kampfe der Klassen aus den Augen verloren gehen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das deutsche Volk sich einmächtig auf den Boden der demokratischen Staatsvorstellung stellt und sie vor allen gewaltsmäßigen Bedrohungen schützt.

Die seit dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Deutschland versuchte politische Entwicklung beweist immer stärker die Richtigkeit der damals aufgestellten Grundthese. Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet von den Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß sie sich im Lande in vollster Opferwilligkeit für die Durchführung dieser Ziele einzehlen, unbekümmert um partische Winkelzüge und tagespolitische Tendenzen in der Presse. Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert von seinen Mitgliedern wie bisher stets unabdingte Treue zu den Führern. Er spricht insbesondere seinem Vorstand, Herrn Ministerpräsidenten Stegerwald, einmütiges volles Vertrauen aus und weiß von außen kommende Versuche, dieses erprobte Vertrauensverhältnis zu erschüttern, mit Entrüstung zurück.

Forderungen zur Finanzpolitik.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich eingehend mit der erdrückend schweren Finanzlage des Reiches beschäftigt; die sich

aus der Erfüllung des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatums ergebenden Verpflichtungen legen jedem einzelnen Deutschen eine unerhörte Last an Entbehrungen und Not auf. Trotzdem muß unter Aufleitung aller wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen verschafft werden.

Der in Deutschland noch immer zu beobachtende verschwendende Aufwand und Verbrauch von Zugsgütern insbesondere ausländischer Herkunft seltens bestimmter Kreise beweist eine unerträgliche Ungleichheit in der steuerlichen Erfassung der einzelnen Volkschichten.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet daher von der Reichsregierung, daß sie vor einem Eingriff in die Substanz des großen Vermögens nicht zurücktreten wird, so weit durch diesen Eingriff nicht das für die Wiederherstellung der Produktion unentbehrlich Betriebskapital vernichtet wird.

Dieser unerträgliche steuerliche Eingriff in die Substanz der Wirtschaft hat in einer Form zu erfolgen, die dem deutschen Volk die freie Verfügungsgewalt über seine Produktionsmittel erhalten und die deutsche Arbeit nicht in unerträgliche und produktionshemmende Abhängigkeit vom Ausland geraten läßt. — Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet von der Reichsregierung rücksichtlose Erfassung der Handelsgewinne, die sich offensichtlich der steuerlichen Erfassung entziehen. Das bisherige Steueraufkommen läßt erkennen, daß in den bestimmten Teilen Deutschlands die Landwirtschaft den gerechterweise auf sie entfallenden Teil der allgemeinen Belastungen nicht getragen hat. Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich entschieden gegen die in manchen, besonders in ländlichen Gegenden zu beobachtende Steuersabotage. Diese ist geeignet den inneren Frieden unseres Volkes auf das schwerste zu gefährden.

Der Ausschuß verlangt mit allem Nachdruck, daß die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise sich ergebende Weiterhöhung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes unter Anpassung an die besonderen Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft und unter gleichzeitiger Inanspruchnahme der Neuregelung des Hypotheken- und Bodenrechts voll erfaßt wird.

Die Wohnungsnöt.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hält die Befriedigung der großen Wohnungsnöt für eine der dringendsten innerpolitischen Aufgaben der Gegenwart. Er fordert, daß die Mittel für die Bewältigung ausreichender Zuschüsse zur Herstellung neuer Wohnungen

hauptsächlich aus der häuslichen und ländlichen Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Für das nächste Jahrzehnt erübt er nur im Ausbau des Wohnungsabsatzes einen Weg zur Sicherstellung der Mittel für den Wohnungsbau. Diese Abgabe muß so hoch bemessen werden, daß ihre Erträge ausreichende Zuschüsse für alle technisch und wirtschaftlich durchführbaren Wohnungsgebäuden ermöglichen. Die Steigerung der Abgabe bedingt eine entsprechende Erhöhung der Gehälter und Löhne. Die durch die Steigerung der Abgabe bedingte Erhöhung der Gehälter und Löhne ist volkspolitisch und sozialwirtschaftlich durchaus gerechtfertigt. Bei der Neuverteilung von Wohnungen ist der Flachbau möglichst zu fördern und zu bevorzugen.

Das Bodenbesitzrecht bedarf grundlegender Reform, das den wohltätigen Handel und Gebrauch in Wohnungsgeschäften ausschließt. Das Hypothekenwesen ist gesetzlich auf gemeinwirtschaftliche Grundlagen zu stellen. Insbesondere sind Boden- und Bauhypothek voneinander zu trennen. Im Wohnungsbau sollte die Tilgungshypothek mit der Zeit die allein zulässige bleiben.

Weder der unbeherrschte private Haushalt noch das System der Mieterräte können auf die Dauer den Bedürfnissen nach einer sozialen Gestaltung des Wohnungswesens gerecht werden. Für die Verwaltung und Bewirtschaftung von Mietwohnungen wird daher eine Form gemeinnütziger Selbstverwaltung in Erwägung zu ziehen sein, die unter Zusammensetzung einer Anzahl Wohnungsgemeinschaften zu Wohnungsgemeinschaften das Problem der Sozialmiete durch Mitbestimmung aller Beteiligten zu lösen sucht.

Dem Hausbesitzer soll dabei sein Eigentum am Hause unter ausreichender Begrenzung erhalten bleiben. Den Wohnungsgemeinschaften ist jedoch auf die zu ihrer Gemeinschaft gehörigen Häuser ein Verkaufsrecht unter Auflösung des rechtlichen Wertes einzuräumen. Im übrigen dürfen privatwirtschaftliche Interessen der Hausbesitzer bei der Wohnungserlösen nicht hinderlich sein. Eine Entschädigung gegenwärtiger Mietshausbesitzer ist die in Zukunft aus der Verwaltung der Häuser wegfällenden Einnahmen ist nur solchen Befreiungen zugunsten, die daraus bei anderweitiger Erwerbsmöglichkeit ihren hauptsächlichen Lebensunterhalt bestreiten haben.

Die Bankenwirtschaft ist durch Ausbau und gemeinwirtschaftliche Umgestaltung der Siedlungen unter entscheidender Mitwirkung von Arbeitnehmern, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit den öffentlichen Interessen unterzuordnen.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes ersucht die angeschlossenen Verbände und deren Mitglieder, die gemeinnützigen Baumproduktionsgenossenschaften der christlichen Bauarbeiter durch persönliche und finanzielle Anteilnahme zu fördern und zu unterstützen. Er erhält in diesen Genossenschaften ein geeignetes Mittel, auf dem Gebiete des Wohnungsbauens regelnd und preismindernd zu wirken.

Teuerungswelle und Preisswanken.

Mit schwerster Sorge stellt der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fest, daß wieder eine Teuerungswelle durch das Land geht, die in ihrer Höhe in den Produktionskosten nur teilweise begründet ist. Fremd jeder Rücksicht auf die eigenen Volksgenossen, erfüllt vom Geist neidlicher und verschlechterter Selbstsucht, werden die durch die Reparationsverpflichtungen verschärften Lebensbedingungen unseres Volkes den Erzeugern und Händlern in Stadt und

Land zur Bewahrung des ohne Bezug an Produktionsmitteln lebenden Wohn- und Gehaltsempfänger aber fast vielfach schamlos ausgenutzt.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes richtet an alle Erzeuger in Stadt und Land, an alle Unternehmer in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe die eindeutigste Mahnung, sich ihrer politischen und sozialen Verantwortung für das Schicksal unserer Volksgemeinschaft bewußt zu sein und dem großen Ziele der Überbrückung der zwischen Stadt und Land, Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kluft das bedeutsame Streben nach möglichst hohem Gewinn unterzuordnen.

Wir wenden uns an Überlegung und Geschiß aller, die sich bewußt sind, daß unser Volk nie wieder gesunden und zur Einheit zusammenwachsen kann, wenn seinem größten Teile nicht das Bewußtsein genommen wird, daß es in seinen notwendigsten Lebensbedürfnissen rücksichtslosen privaten Gewinnstreben ausgeliefert ist, daß aus seiner Not andere ein verbrecherisches Schlemmer- und Prasselerben führen, daß aus seinem und seiner Kindes Elend heraus Läufende zu Reichtum gelungen, während Millionen verderben.

Gegen alle, deren Gewissen Volksnot gegenüber nicht mehr spricht, muß mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Wir verlangen von der Regierung, daß sie mit größter Beschränkung dem Reichstage Gesetzentwürfe vorlegt, die zu solchem Vorgehen die gesetzliche Handhabung bieten.

Wer wucherlich seines Volkes Nöte ausnutzt, ist ehrlös und muß dementsprechend bestraft werden. Diese Schädlinge sind schaß zu strafen durch Entziehung aus allen öffentlichen Ehrenämtern, durch Entziehung des Wahlrechts, durch Zuchthausstrafen und rechteste Verurteilung.

Dem freien Angenken der Presse entsprechend muß in mindestens gleicher Ausmaße die Kaufkraft der Arbeitnehmer steigen, da ein weiteres Sinken ihrer Lebenshaltung unerträglich wäre.

An die öffentlichen und privaten Arbeitgeber richtet der Deutsche Gewerkschaftsbund die Auflösung, die Ihrem Bestreben ihrer Arbeitnehmer verständnisvoll und weitgehend entgegenzutun. Die deutsche Arbeitnehmer fordern wie auf, ihre Ansprüche unter billiger Berücksichtigung der Gesamtlage zu stellen und sich nicht zu Forderungen treiben zu lassen, deren Unverhältnis offensichtlich ist. Wir rufen aber auch auf zum Willen zur Erwaltung dessen, was wir brauchen, wenn wir bei unserem Verlangen auf angemessenen Ausgleich gegenüber der bestehenden Teverung auf Verständnislosigkeit und Ablehnung stoßen. Macht euch stark zum Kampf um Euer Recht. Lebt aber auch Selbstzucht durch vernünftiges Handeln. Zahlt keine Wucherpreise, treibt den Preis durch funktloses Vorgehen nicht in die Höhe und vermeidet den Einkauf ausländischer Auslandswaren.

Die unentbehrlichen Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe, insbesondere das Genossenschaftswesen, sind planvoll zu fördern. Als einen Weg zur Befriedung betrachten wie die Schaffung gemeinschaftswirtschaftlicher Organisationen zur Befriedigung des Bedarfs an den Massenzielen des täglichen Lebens, an deren Aufbau und Verwaltung Erzeuger, Verbraucher, der Handel und die Gemeinden so zu beteiligen sind, daß sich mit höchster Zweitmöglichkeit unter Gewährung angemessener, produktionsfördernder Preise an die Erzeuger die Ausschaltung jeglichen Spekulationsgewinnes ermöglichen und vereinigen

soll. Ein Maßnahmengesetz, dessen Bekämpfung mögliche Einbildung und Erledigung mit erfordert, mußte die rechtlichen Voraussetzungen für den Abschluß in die Durchführung solcher Maßnahmen schaffen.

Die Sozialversicherungen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht unverändert auf dem Standpunkt, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte im Wirtschaftsleben insondere Aufgaben zu erfüllen haben und müssen auch berechtigt sind, eine Sozialpolitik zu betreiben, die ihren besonderen Bedürfnissen entspricht.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes anerkennt demgemäß, wie es zu schon früher vugesprochen hat, die Berechtigung des Widerstandes der Angestellten gegen die Verschwendungen, die auf eine Beleidigung der besitzenden sozialen Versicherungseinrichtungen der Angestellten zielen. Er erkennt weiter die Dringlichkeit einer zeitgemäßen Anpassung an die Geldverhältnisse und die Normendichtigkeit des Ausbaues des Selbstverwaltung.

Demgemäß wird der Deutsche Gewerkschaftsbund darin interessiert, daß der zukünftige Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abschaffung des Versicherungsgesetzes für Angestellte noch in diesem Herbst verwirklicht und im Sinne der Schlüsse des Hauptausschusses die soziale Sicherung der Privatangestellten ergänzt wird.

Insbesondere billigt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Forderungen des Hauptausschusses auf:

- die Verbehaftung der Sonderversicherung,
- die Erweiterung der Geldübertragung,
- die Regelung von Leihträgen und Leihungen; sowie der Schaltgrenze für die Versicherungspflicht, die unter Berücksichtigung der Geldentwertung die Wohlfahrtswerte verfüllt, die zur Schaffung des Versicherungsgesetzes für Angestellte gefordert haben.

Kreditschäden der deutschen Wirtschaft.

Während von den breiten Schichten der Bevölkerung gegenwärtig die Forderung erhoben wird, daß das deutsche Wirtschaftsleben und armen ethischen Geschäftspunkten getötet und der letzten planlosen Verwirrung von Kraft und Stoff ein Ende bereitet werden müsse, wird von der anderen Seite eine Rückwärtsentwicklung im Sinne der Ausleitungen der öffentlichen Verleihbanken auf das Privatkapital vorgeschlagen. Die in dieser Richtung liegenden Vorschläge werden regelmäßig damit begründet, daß private wirtschaftlich geleiteten Unternehmen in Deutschland anzüglich starren, während die öffentliche Bewirtschaftung mehr und mehr Krise erleide. Es ist nicht schwer, dem Staat die Fakten nachzurüsten, die ihm aus dem Betriebe der Eisenbahn, Post und anderen, eine kritische Betrachtung der neuzeitlichen Ergebnisse der großen privatwirtschaftlich geleiteten Unternehmungen zeigt, aber daß hier zwar vorläufig große Gewinne herauftreten werden, doch diese aber größtenteils mit einer fortwährenden Verminderung der Substanz unseres Nationalvermögens und mit einem verhindernden Aufbau an der Volkswirtschaft erlaubt.

Oberflächliche Beurteiler des Wirtschaftslebens nehmen häufig die Börse zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen und verlassen darauf, daß die Kurse der Industrieketten im gleichen Tempo steigen, wie der Konkurrenzpreis der Exportwarenmarkts fortwächst. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Kursteigerungen in der Hauptstrecke nur dort eintreten, wo die Ge-

lation Aussicht hat, bei der Bewertung von Gold auf Papiermark einen Teil des Gewinns in ihre Taschen zu lenken. Die ersten deutschen Aktiengesellschaften haben in den letzten beiden Jahren eine formelle Erhöhung ihres Grundkapitals vorgenommen. Gerade die Kapitalerhöhungen sind aber heute schon soviel, um der Industrie nicht Kapitalien auszuhören, sondern zu entziehen und sie auf dem Umweg über die Börse in die Tasche von Seiten holen zu lassen, die dem eigentlichen Produktionsprozesse ausser stehen.

Gegenwärtig wird die private Betriebswirtschaft von drei verschiedenen Interessengruppen beeinflusst. In den Akteurshäfen der Aktiengesellschaften und in den Generalversammlungen werden mit größtem Nachdruck die Interessen der Großfinanz vertreten. Diese bestimmt sich schon längst nicht mehrheitlich vor ihr in Form von Plakaten aufstellenden Kapitalisten. Die Banken und Bauspes. wollen aus der Tasche ihrer Reaktionen in Industrieunternehmungen täglich und ständig Kapital holen. Das ist ihnen nur möglich, wenn die Kurse der Aktien durch besondere Maßnahmen hochgetrieben werden. Diese Preise machen ihren Einfluss bei der Bewertung regelmässig dadurch geltend, dass immer wieder Kapitalerhöhungen vorgenommen und im Stammaktienpapier hohe Bezugsrechte eingeschüttet oder Großaktionen in den Schok erworben werden. Nur die jungen Aktien werden in der Regel noch kostengünstig mit voller Industrieberechtigung für das ablaufende Geschäftsjahr ausgestattet. So entwickelt sich die Börse als gefährlicher Hinrichtung am ohnehin geschwächsten Körper der deutschen Wirtschaft. Die Banken hätten gerade mit Rücksicht auf ihre Beteiligung an der Industrie sie vollwirtschaftliche Ausgabe, den Unternehmungen Kaschatten zu führen und den Abbau und die Modernisierung des deutschen Produktionsapparates zu fördern. Da sie jedoch ihre ganz brüderliche und farschliche Wirtschaftspolitik treiben, suchen sie das Goldmarktkapital der deutschen Aktiengesellschaften möglichst rasch an der Börse auszumünzen und zu verlieren.

Die zweite Interessengruppe, die einzigen Einfluss auf die Betriebswirtschaft besitzt, sind die eigentlichen Leiter der Unternehmen, von denen viele früher einmal Beamter und lebensfähige Politiker deutscher Parteien gewesen sind, die sie heute nach erfolgter Umwandlung derselben in Aktiengesellschaften als Direktoren vermaßen. Münden dieser Direktoren führt jetzt einen schwachen Kampf gegen die Ausbeutungspositivität des Börsenkapi- tals, er weist als gemessenhafter Hoffmann und Schneider, von dem Betrieb die Erfahrung der erzielten Gewinne droht nicht da, wenn der Produktionsapparat auf der Höhe der Zeit bleibt und der Arbeitmarkt durch etablierte marktübliche Entlohnung über ob höheren Sätzen hinzuverhelfen werden soll. Ganz diesen darf er wider besseres Wissen den tatsächlichen Produktionsförderer Aussichtsräten klagen und dem Betriebe die leichten flüssigen Mittel entziehen. Zahlende Direktoren sind in diesem Widerstreit der Interessen dem Einfluss der Börse erlegen und gehen mit ihr durch die und Man.

Wie steht es aber mit dem Einfluss der Arbeitnehmer auf die Betriebswirtschaft, deren Schaffenstrafe das an sich tot Kapital in Bewegung macht? Die Arbeitnehmer haben ein Interesse nicht nur an auskömmlicher Verzahlung, die ihnen und ihrer Familie die Reproduktion der Arbeitsschicht ermöglicht, sondern auch an der Erhaltung und Erweiterung der Betriebsmittel. Augenblicklich leben wie in Zeiten steigender Reichstagsklausurung der Industrie infolge des aus der Marktentwertung resultierenden Salzdeuterreports. Wie wird es aber mit der Arbeitszeitregelung aussiehen, wenn eines Tages das Ausland zum Schutz seines Kartells den billigen deutschen Waren nach über Schweden entgegensetzt als bisher? Wiede kann die deutsche Industrie zu überzeugenden Gewaltmaßnahmen bestimmt sein, die den hohen Stande der technischen Ausbildung der deutschen Arbeiters entsprechen? Diese Frage erregt schon jetzt in den Kreisen einschlägiger Techniker und Wirtschaftswissenschaftler unter ausklammenden Konkurrenten, insbesondere bis Vereinigten Staaten und England nehmen gegenwärtig eine durchaus technische technische Gesetzes- und Theor-

Produktionsmittel vor. Dort baut man moderne Arbeitsmaschinen und verwertet die neuesten Erfindungen, bei uns erfolgen lediglich organisatorische Umarbeitungen, die großen großkapitalistischen Kreisen einen verschärften Einfluss auf die Verteilung des Produktionsvertrages sichern sollen. Bei diesem Umstellungssprozess werden der deutschen Industrie durch die Börse fortwährend unzureichende Summen entzogen. Bankkredite zum Ausbau der Unternehmungen sind heute in Deutschland selbst bei grösster Sicherheitsleistung überhaupt nicht erhältlich.

Wohin fließen die Gewinne, die aus der Verschlechterung des Produktionsapparates und aus der ungünstigen Hochkonjunktur herausgeholt werden? Kein Mensch davon sieht zurück an die Industrie! Große Beträge wandern in Form ausländischer Zahlungsmittel in die Hinterländer der Sowjetunion oder in die Tiefen der ausländischen Börsen. Bei diesem Raubbau wird die Betriebsgelebenszeit für fünfzig Generationen vollständig untergraben und die Arbeitskraft der westfäligen Bevölkerung bei dem wachsenden Wohlverhältnis zwischen Arbeitslösen und Kosten der Lebenshaltung fortgesetzt verringert. Die Ausbildung der heranwachsenden Generation, die schon während des Krieges stark gestillt hat, ist auch heute noch infolge der materiellen Not so manuelisch, doch man für die Gestaltungsfähigkeit der deutschen Industrie in der Zukunft die schlimmsten Vorhersagungen hean- muk. Wenn es nicht gelingt, in letzter Stunde das deutsche Wirtschaftsleben vor der unheimlich forststehenden Auszeichnung zu bewahren und dem allgemein wirtschaftlichen Interesse wieder zur Geltung zu verhelfen, so steht die gesamte deutsche Wirtschaft schon in kurzer Zeit vor ihrem Ruin. Vorläufig zu hören wir noch von der Subsistenz des Nationalvermögens. Das bedeutet aber forststehende Verarmung und zunehmende wirtschaftliche Schwäche. Die Körnerproduktion ist elsig dabei, das noch an sich zu raffen, was der Krieg dem deutschen Volke gelassen hat. Gegen solche Krebs- schäden auf wirtschaftlichem Gebiet helfen genau wie in der Medizin nur entlastende ma- tische operativen Maßnahmen.

Den älteren Besen her!

Die Deutsche Handelswacht, das Organ des deutsch-nationalen Handlungsschiffenhandels, schreibt in Nr. 33 vom 7. September:

„Die Reichsverwaltung stellt für Textilwaren verlaufen große Mengen billiger Bekleidungsstücke zu Schleuderpreisen ins Ausland — um die Preise der Textilwaren im Inland nicht zu drücken. Die Exportliste Nr. 6 lautet auf:

45 814 Haubenmäntel	16 28 4
45 815 Krauenjaden	19 . . .
19 150 Badischmäntel	21 65 .
1 519 Badischmäntel	41 80 .
4 866 Wäddchenmäntel	41 90 .
18 725 Kinderladen	20 . . .
16 026 Herrenmäntel aus Deden	76 05 .
5 99 Herrenmäntel aus Wollbeden	96 70 .
1 917 Kurzherrenmäntel aus Wollbeden	62 95 .
94 Knochenmäntel aus Deden	54 80 .
745 Knochenmäntel aus Wollbeden	64 90 .
705 Knochenmäntel aus Wollbeden	80 05 .
33 973 Toppen, eine und zweiteilig	58 45 .
4 911 Kinder-Blousons	33 29 .
282 Kurzblousons, zweiteilig	57 55 .
6 110 Winterblousons	223 65 .

— Das ist nun aber doch etwas karl! Wo heute in Deutschland Tausende von Kindern ohne ein Hemd auf dem Leibe herumlaufen, wo die kinderreichen Familienmütter sich nicht zu hellen wollen, wie sie ihre Lieben gegen die Kälte des vorstehenden Winters schützen sollen, da werden hier werwolfische Kleidungsstücke zu einem Schrankpreis ins Ausland verschifft — dazu die unverkennbare Begründung „um die Preise der Textilwaren im Inlande nicht zu drücken“. Ja, so ist es recht, die billigen Waren geben ins Ausland, das deutsche Volk aber kann frieren, weil es kein Geld hat, die teureren Kleider kaufen zu können. Um die Kreise, d. h. die Preise nicht zu drücken, wird das kann so grobe Elend weiter Verdunstungskreise noch verschärfen! Die „notleidenden“ Textilfabrikanten und Konfektionäre bedürfen ja auch des Schutzes viel eher, als die laufende Bodensteuer. Es wäre ja auch

sehr schlimm, wenn ihre Profiten etwas abschmäler würden. Wie schlecht es um die Textilindustrie bestellt ist, beweist u. a. der Geschäftsabschluss der „Bau und Wollspinnerei in Mittweida“ in Sachsen. Diese hat neben ihrem Geschäftsbuch Bericht veröffentlicht. Danach hat die Firma bei einem Betriebskapital von fünf Millionen Mark einen Jahresgewinn von 24% Millionen Mark nach Abzug aller Untosten erzielt! — Kommentar überflüssig.

Die Ausbeutung der breiten Masse des Volkes liegt beim Großhändler an und wird fortgelebt, bis sich die Ware, nachdem sie ein Dutzend Zwischenstellen sich daran bereichert haben, in die Hände des Verbrauchers gelangt. Eine besonders „faubere“ Geschäftsmethode predigt unzählige die Kolonialwaren-Woche“, das lädiende Organ der Kolonialwarenhändler. Sie läuftet:

Das Gleiche der Heben trüben und der lieben weisen Jungfrauen aus der biblischen Geschichte kann prächtig auf den heutigen Geschäftshandel angewendet werden. Den weisen Jungfrauen gleich, die nicht vergötzen, doch eine Lampe bei der Nacht auch brennen müssen, sind die Händler, welche den betroffenen Umständen entsprechend Ihre Ware verlaufen und Preise halten. Die Heben trüben Jungfrauen hatten schöne Lampen mitgenommen, aber kein Öl — hier Abel. Eine Laterne ohne Licht! Genau so einkalkt sind die kleinen Händler, welche die Kreise der Aufschlager angemessen zu erhöhen; denn sie sind wie die Laternen der östlichen Jungfrauen — ohne Öl, ohne Licht; denn wenn ihnen das Licht nicht fehlt, so müssten sie einschalten können, doch sie planlos im Handel herumzobieren, im Finstern tappen und das Beste übersehen, nemlich den Verdienten.

Wie ist hier man die Redensart: „Ja, ich kann diese Kreise nicht verlangen, sonst würde man sagen, ich wäre ein Wucherer.“ O du heilige Einfalt! Das aber Menschen, Michmann, Schuster, Schneider usw. ohne zu fragen, ihre Kreise ganz nach dem Tageslust erhöhen, findet jeder Mensch als selbstverständlich, weil es gleich machen und überall dieselben Preise sind. Das ist natürlich der fringende Punkt und in bezug auf Konkurrenz entschieden lästig. Das sind wiederum die weisen Jungfrauen, welche es so eingerichtet haben, dass die Sache so ist, wie sie sein muss. Anders beim Einzelhändler, wo eine gewisse Sorte der Kreis einfach nach der Tagessonne macht, ohne Sonn und ohne Regel — das sind die anderen Jungfrauen, die ohne Öl in der Lampe — kleineren Kreis, welche den lieben Tagen Tag überall bei ihren Einkäufen mehr, sogar das Doppelpack bezahlen, und sich leicht aber eindrückliche Milie gebären, an ihren Verkaufsstellen steht so wenig wie möglich zu verdienen.

Gefeuert wird unter allen Umständen doch, und es ist eine ganze unrichtige Redensart, doch es anders wäre bei den Säcken welche der Mensch haben muss. Kleineren Kreis, welche der Händler nicht haben muss, sondern gerne haben möchte, setzen sogar noch mehr zur Entlastung, und heute ist es auch noch keine arme und schwere Aufgabe, dem Händler begreiflich zu machen, dass die Kreise, schriftlich mit anderem Kreis, eben bedeutend höher geworden sind.

Die Kundlichkeit verlangt die billigen Preise nicht, aber sie profitiert mit Vagen von dem Unverhältnis des billigen Händlers.

Das ist wenigstens einmal eine oblige Neuerung, für die wir nur dankbar sein können. Jetzt müssen wir wenigstens, woran wir sind — Klagen und schimpfen hat hier gar keinen Zweck. Geldbühne muß die Güte sein, dieses ist in keiner Konkurrenz zu einer

Die Kartoffelversorgung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wandte sich erneut an den Ernährungsminister Dr. Hermann, um den unzulässigen Zuständen, wie sie sich in der Kartoffelversorgung beobachteten, entgegenzuwirken. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 18. Oktober an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet und Maßnahmen verordneten, die gegen die

unhaltbare Kartoffelpreispolitik sowohl der Käufer wie auch der Verkäufer wirken sollten. Beobachtungen und Erfahrungen der letzten Tage lassen es uns angebracht erscheinen, diese Vorschläge erneut und mit allem Nachdruck zu erheben.

Für die jetzt laufende Kartoffelversorgung erweint es uns unerlässlich, daß mit größter Bekleidung Richtpreise festgesetzt werden, deren Vorhandensein nach unserer Überzeugung notwendig ist, wenn überhaupt mit dem Begriff des Wuchers brachtfertig gearbeitet werden soll. Wir schlagen vor, diese Richtpreise für bestimmte Erzeugergebiete, also nicht für das ganze Reich einheitlich, durch Beschluss einer aus Kaufvertragsdienst Vertreteten der Erzeuger, zusammengesetzten Händler und Verbraucher zu bildenden Kommission, unter Mitwirkung der Staatsregierung festzustellen, doch ein angemessener, produktionssteigernd wirkender Preis gebildet wird, dessen Basis aber nicht die Selbstkosten auf ungünstigem, sondern auf mittlerem Boden sein muß. Den Erzeugern bleibt überlassen, Zukunftskosten zu schaffen, die bei besonders schlechten Erzeugungsbedingungen ausreichend eintreten können. Um Gesamtdurchschnitt gelehnt, halten wir auch jetzt den in unserer Eingabe vom 19. Oktober genannten Preis von 45 bis 50 M frei Station für durchaus angemessen.

Diese im weitesten Umfange öffentlich bekanntzumachenden Richtpreise bilden die Grundlage der von uns in der vorgenannten Eingabe verlangten Ausklärung über die Selbstkosten für den letzten Käufer, außerdem aber auch die Voraussetzung für das Eingreifen der Wuchergerechte. Wir möchten nicht unterlassen zu betonen, daß wir solches Vorgehen auch gegen die Käufer verlangen, die den Erzeuger durch höheres Angebot zur Überbreitung des Richtpreises verladen. Jeder Kauf zu Preisen über die Richtpreise hinaus soll als rechtlich unwirksam gelten; die so verkaufte Ware verfällt dem Staat.

Wir wiederholen weiter unsere Forderung, daß die Kartoffeln, die über den notwendigen Eigenbedarf hinaus am 1. November noch nicht dem Verkehr zugänglich sind, der Verhagelnahme unterliegen sollen.

Ohne solche Maßnahmen seien wir keine Möglichkeit, der grenzenlosen Erdbeiterung entgegenzu treten, die in weitesten Verbrauchereichen über die als wucherlich empfundene Kartoffelpreise vorhanden ist. Aus westdeutschen Industrieregionen wird uns gemeldet, daß für den Januar 100 und mehr Mark, also etwa der dreifache Fleißpreis, verlangt werden. Da neben dem Brot die Kartoffel das Hauptnahrungsmittel weitester Volkskreise bildet, müßten solche Preise, wenn auch mit diesem Groß im Herzen, einfach geahnt werden, wenn die Familie nicht hungern soll. Uns dringendste fordern wir das Ministerium auf, sich der politischen Wirkungen bewußt zu sein, die durch die diesjährige Kartoffelpreisgestaltung herbeigeführt werden; wir handelten pflichtvergessen, wenn wir es unterlassen würden, auch auf diese Seite der Frage mit allem Nachdruck hinzuweisen.

In Hochachtung

Deutscher Gewerkschaftsbund, ges. Groß.
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
Deutschlands,

ges. A. Baltisch, M. d. RWR.

Gesamtverband deutscher Angestellten gewerkschaften,
ges. Aedisch, M. d. RWR.

Gesamtverband deutscher Beamten- und Staats-
angestellten gewerkschaften,
ges. W. Gutsche.

Mitte auf. Es wurden zwei Entschließungen angenommen, von denen die eine lautet:

„In dem Rechtsbuch von Genf sehen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Missachtung der wenigen, dem deutschen Volke zuerkannten Rechte des Verfasster Friedensvertrages und eine Vergewaltigung des Willens der oberösterreichischen Bevölkerung, mit dem deutschen Volle in voller juristischer und politischer Einheit stets zusammen zu leben. Sie am 23. Oktober 1921 im Kölner Güterzoll Versammlung erklärten: In wahrer Freiheit, in voller Hinwendung wie zu unseren deutlichen Brüder in Oberösterreich seit und in der Zukunft. In gemeinsamem Harten streben wollen wir im bestreiten Meilen mit ihnen trock aller Schicksalsfälle glauben an Deutschlands Zukunft und wirken für seine Einheit und Erkrankung.“

Herner wurde folgende Entschließung angenommen:

„Angesichts der durch die starke Gesetzgebung im befreiten Gebiete hervorgerufenen unerträglichen Zustände erwarten die Versammelten seitens aller Behörden und verantwortlichen Stellen energisches Eingreifen gegen den das letzte Gebiet treffenden

wirtschaftlichen Ausverkauf.

Die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft ist nicht willens, völlig der wirtschaftlichen Verlumpung zu verfallen. Die Versammelten wünschen und verlangen namens aller Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes den befreiten Gebieten umgehende Wiedereindämmung der durch die Sanktionen den deutschen Behörden genommenen Rechte der Grenzüberwachung und Grenzkontrolle.

An die Arbeitgeber richten wir die dringende Aufforderung, bei der unheimlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten für die schwierige Lage der Arbeiter und Angestellten weitgehendes Verständnis zu haben und Lohn und Gehalt der Tewerung entsprechend anzupassen.“

Die zweite Resolution beleuchtet höchstartig die Stimmung der arbeitnehmenden Volksmassen und die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse des besetzten Gebietes. Die internationalisierte Verkaufsbehörde weigerte sich offenkundig, Vollmaßnahmen gegen den „Ausverkauf“ einzulegen. Angewiesen ist es jedoch den wirtschaftlichen Organisationen gelungen, die Lebensmittelbehörde von ihrem Standpunkt abzuwenden. Am 25. Oktober konnte der Oberpräsident der Rheinprovinz folgende Polizeiverordnung über die Beschränkung des Kleinhandelsverkaufs erlassen.

1. Der Kleinhandelsverkauf an Ausländer und die Vermittlung deutscher Verkäufe an Ausländer wird zunächst als eindeutiglich 5. November 1921 verboten, soweit es sich nicht um Deckung eines augenblicklichen dringenden persönlichen Bedarfs handelt.

2. Vorstehendes Verbot erstreckt sich nicht auf a) Ausländer, die im befreiten Teile der Rheinprovinz ihren dauernden Wohnsitz haben und b) auf Angehörige der alliierten und assoziierten Mächte, auf die ihnen zugesetzten Verbündeten, welchen die kommandierenden Generäle der Armeen einen jederzeit widerzuflüchtigen Auftrag ertheilt haben, auf alle dienstlichen sonstigen Angehörigen einer der alliierten Mächte, die von den genannten Streitkräften angestellt sind oder sich in deren Dienst befinden, auf die Mitglieder der Abteilungskommission und deren Familien, auf die Staatsangehörigen einer der alliierten Mächte, die sich in deren Dienst befinden und auf die Familien der letzten Personengruppe. Sofern sich diese unter 1 und 2 genannten Personen als solche auswählen.

3. Der Verkauf an die im Punkt 2 genannten Personen und ebenso an Reichsinsländer ist nur in den im Kleinhandel üblichen Mengen gestattet.

4. Verstöße gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafrecht höhere Strafen festgesetzt sind, mit der höchst zulässigen Geldstrafe des § 137 des Bundesverwaltungsgesetzes oder mit entsprechender Haft bestraft.“

Ob diese Verordnung ihren Zweck erreicht, bleibt abzuwarten. Sehr viel verpreßt wir uns nicht davon. Wir befürchten, daß sich nunmehr wieder die Schiebereiße an die Arbeit macht, um für schwächeren Mannen den Anfang der Verordnung zu durchkreuzen. Es sind bereits einige Fälle bekannt geworden, wo „Deutsche“

Waren aufgelöst und an Ausländer verkauft haben. Was ummert die Gesellschaft die Not des Volkes? Was das Volk zugrunde bringt, wenn nur höchstlich gefüllt werden. Es gibt keine Worte, in eine solche Handlung gehörend zu branden. In den Galgen mit solchen Karikaturen! Eine Kugel wäre zu schade für sie.

Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen in der Masschneiderei.

Am 2. November trat die sogenannte „Kleine Tarifkommission“ in Hannover zusammen,

über die Fortungen der Gehaltsverhältnisse zu beraten und ne Einigung zwischen den Tarifparteien zu suchen. Es war nicht leicht, die Gegenseite zu überbrücken. Zwar konnten auf Seiten des Wo die rapide Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht bestritten werden, doch wurde geltend gemacht, daß eine nochmalige Lohn erhöhung dieser Saison, zumal in dem Ausmaße, wie sie gefordert werde, nicht den vorausgesagten Verhältnissen entsprechen könnten und deshalb eine weitere Lohnsteigerung bei den verlaufenen Gehältern nicht heraufschlagen werden könnte. Verkant sei jedoch fast eigentlich soviel, daß die Lohnsätze bis Weihnacht und darüber hinaus erhöht. Namentlich als waren die Nebenforderungen — Einführung eines neuen Schemas für die Dienstleistung, Mindestlohn für Zeitschichtarbeit — hart umstritten. Nach dreitägiger angestrengter Arbeit gelang es trotzdem, eine Einigung zu erzielen. Wir eben anstehendes das Ergebnis der Verhandlungen bekannt. Zu Einzelheiten werden wir in einem späteren Artikel Stellung nehmen.

4. Nachtrag zu Reichsarbeitsvertragsgemeinschaften (Hannoversches Abkommen).

Abgeschlossen Hannover, den 7. 11. 1921.

Die unterzeichneten Verbände schließen heute vorbehaltlich der sachgemäßen Zustimmung der beiderseitigen Organe folgendes Abkommen (genannt Hannoversches Abkommen).

L

a) Es werden folgende Städtegruppen mit den belastigten Stundenlöhnen festgesetzt:

Gruppe Ia: A 18.50, Düsseldorf, Köln.

Gruppe Ib: A 19.—, Berlin, Bochum, Bonn, Dortmund, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg 10.—, 10.—, 9.80 A., Mülheim, Solingen.

Gruppe IIa: A 2.50, Coblenz, Crefeld, Wallensteiner Haan, Ohligs, Wiesbaden.

Gruppe IIb: A 2.25, Aachen, Barmen, Bottrop, Eickel, Herne, Münster, Neuss, Recklinghausen.

Gruppe IIIa: A 2.—, Bremen, Bremerhaven, Celle, Flensburg, Hamm, Harburg, Kaiserslautern, Lübeck, Ludwigshafen, M. Gladbach, Rhede, Recklinghausen, Wanne-Eickel, Witten.

Gruppe IIIb: A 8.60, Breslau, Chemnitz, Cuxhaven, Dresden, Emden, Gladbeck, Hamm, Hanover, Herford, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Osnabrück, Paderborn, Stuttgart, Wilhelmshaven, Worms, Zwiedau.

Gruppe IVa: A 8.70, Baden-Baden, Bielefeld, Braunschweig, Celle, Danzig, Darmstadt, Düren, Erfurt, Freiburg i. Br., Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Koblenz, Kissingen, Koningsberg, Meerbusch, Merseburg, Osnabrück, Pforzheim, Stuttgart, Wiesbaden.

Gruppe IVb: A 8.—, Bernburg, Bitterfeld, Borsdorf, Delmenhorst, Detmold, Gotha unter Gerichtsamt einer eisernen Klasse für die Firmen Wiegand und Gebr. Weische in der ersten Klasse mit 4 in der zweiten Klasse für die 2. Klasse nach gerechnet werden.

Klasse 7.75 und die 3. Klasse 7.55 festgelegt).
Eckhoe, Limbach, Ludwigsburg, Mühlhausen,
Naumburg, Oldenburg, und Schwerin.
Barel, Wehlen, Weimar.

Gruppe Va: Klasse 7.70, Alten Apolda, Aue,
Celle, Cöthen, Eisenach, Erfurt, Göttingen,
Hannover, Hildesheim, Hof, Hulm, Jena, Klingenbach,
Landau, Limburg, Lüdenscheid, Mainz, Nauheim,
Neukirchen 7.30 (A), Neustadt, Nördlingen,
Rudolstadt, Saalfeld, Senftenberg, Stadtkirche,
Wertheim-Crimmitschau, Zeitz, zhl.

Gruppe Vb: Klasse 7.40, Augsburg, Arolsen, Coburg,
Coburg, Erlangen, Frankfurt, D. Freiberg
(S., Gießen, Hörlitz, Kreis, Markt, Markt,
Methenow, Reichenbach, Rochlitz, Salzwedel,
Schleswig, Stadt, Slat., Stolberg,
Wittenberg, Wettbewerben, Würzburg, Wittenberg,
Wolfsburg (2. Klasse 7.—).

Gruppe VIa: Klasse 7.10, Arnstadt, Albersleben,
Güstrow, Döbeln-Leisnig-Wöhrn, Eilenburg,
Döbeln-Torgau, Rörl., Isar, Görlingen,
Heilbronn, Kempten, Murr, Meiningen,
Memmingen, Minden, Waldshut, Wertheim,
Worms, Quedlinburg, Reichenbach, Reutlingen,
Stargard, Stralsund, Tübingen, Wer-

nigerode.

Gruppe VIb: Klasse 6.80, Blankenfelde, Elbing, Elsterwerda,
Gmünd Schw., Höxter, Schönigen, Höxter, Holz, Köln, Debisdorf,
Döbeln, Döbirk, Niels, Solingen, Ulm.

Gruppe VIIa: Klasse 6.50, Bamberg, Schweinfurt,
Greifswald, Grevesmühlen, Hainichen, Kammer, Landeshut, Neuburg, Naunhof, Schweinfurt, Sommerfeld, Sonderhain.

Gruppe VIIb: Klasse 6.30, Berßel, Eiseh., Lauingen,
Nördlingen, Prenzlau, Schweidnitz,
Straubing, Weilheim.

b) Die Staffelung der Löhne der Herren-
und Damenschneider erfolgt für die einzelnen
Ortsklassen wie bisher, insofern als für einzelne
Daten bei den vorstehenden Stundenlöhnen beson-
dere Abweichungen vorgenommen sind. Auch die
Herrschaffung der Stundenlöhne der Reparatur-
schneider geschieht in der bisher gängigen Weise.

c) Der Heimarbeiterzuschlag von allgemein
zu 10 Prozent festgelegt, insofern nicht örtlich
bereits ein höherer Prozentsatz eingesetzt ist.

d) Für die Entlohnung der weiblichen Ar-
beitskräfte in der Herrschneider ist das
2. Letztpreis Abkommen maßgebend.

e) Die Entlohnung in der Damenschneideri
wird durch das Hannoversche Schen. geregelt.
Dieses enthält folgende Bestimmungen:

A Männliche Arbeitskräfte.

	Prozent
1. Selbständige Damenschneider	100
2. Herrenschneider, die zur Damenschnei- der übergehen (Siehe Anmerkung I)	80
a) in den ersten 3 Monaten	85
b) in den zweiten 3 Monaten	90
c) in den zweiten 6 Monaten	90
3. Damenschneider nach 2jähriger Lehre:	
a) im 1. Gehilfenjahr	86%
b) im 2. Gehilfenjahr	85
4. Damenschneider nach 4jähriger Lehre:	
im 1. Gehilfenjahr	85

B Weibliche Arbeitskräfte.

	Prozent
1. Selbständige Mantel-, Jacken- und Paltof- arbeiterinnen, die alles selbst bilden	80
2. Selbständige Mantel-, Jacken- und Paltof- arbeiterinnen, die nicht selbst bilden, sondern Taillenarbeiterinnen, die selbst anfertigen, einschl. Fertigerinnen dieser Arten	75
3. Alle anderen selbst. Arbeiterinnen sonst wie Taillen, Blusen, Franz, Vermel, Stepperinnen und d. Ä. Innen, auch Kantett, Zentnerinnen)	85

4. Vergleich. Juarbeiterin. (S. Num. II):

a) im 3. Jahre	56
b) im 2. Jahre	63
c) im 1. Jahre	69

5. Juarbeiterinnen nach 2jähriger Lehrezeit, oder noch 2jähriger Tätigkeit in der Damenkleiderherstellung:

a) im 3. Jahre nach der Lehre	45
b) im 2. Jahre nach der Lehre	41
c) im 1. Jahre nach der Lehre	38

6. Juarbeiterinnen nach dreijähr. Leh- rezeit oder nach 3jähr. Tätigkeit in der Damenkleiderherstellung:

a) im zweiten Jahre nach der Lehre	45
b) im ersten Jahre nach der Lehre	41

(Sämtliche Prozentsätze verstehen sich vom
Lohn des selbständigen Damenschneiders.)

Anmerkung I. Unter Herrenschneider, die zur
Damenkleiderherstellung übergehen, sind diejenigen zu
verstehen, die nach dreijähriger Lehre zwei Jahre
in der Herrenschneiderherstellung selbstständig gearbeitet
haben.

Anmerkung II. Besitzt eine vorgesetzte
Juarbeiterin die Fähigkeit, ein Stück selbstständig
zu arbeiten, so ist der Arbeitgeber verpflichtet,
sie als selbständige Arbeiterin derjenigen Gruppe
zu entlohen, in die sie eingereiht wird.

A.

Nach den im Absatz I vereinbarten Stun-
denlöhnen erfolgt die Bezahlung aller Akkord-
und Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen. Im
Gegensatz zu den Löhnen der Akkordarbeiter
können diese Stundenlöhne bei Zeitlohnarbeiter-
nern (d. h. männliche und weibliche Damen-
schneider, Wenderungsschneider und Nicht-Akkord-
schneider) bis zu 10 Prozent überschritten
werden, wenn die betr. Arbeitsstrafe höhere als
die normale Arbeitsleistung verzichtet. Weiter-
gehende Vergünstigungen bleiben bestehen.

III.

In das Bamberger Abkommen wird folgender
Satz eingefügt:

"Gegen die Einschaltung von Heimarbeitern
kann kein Einspruch erhoben werden, wenn ge-
eignete Werkstattarbeiter am Orte nicht beschafft
werden können. Indessen dürfen in diesen Aus-
nahmefällen nur solche Heimarbeiter neu auf-
genommen werden, die zur Zeit der Einstellung
bereits mehrere Jahre als Heimarbeiter tätig
waren. Werkstattarbeiter dürfen also in diesen
Fällen nicht als Heimarbeiter eingestellt
werden."

IV.

Vorstehende Löhne und Bestimmungen treten
für alle nach dem 20. Nov. 1921 zur Verrechnung
 kommenden Arbeiten, für Zeitlohnarbeiter mit
Wirkung ab 18. Nov. vormittags, in Kraft.

V.

Dieses Abkommen kann ohne Rücksicht der
Reichsstatistikgemeinschaft zum Gegenstand von
zentralen Verhandlungen gemacht werden, in-
dem es von einer der beiden vertraglich bindenden
Parteien unter Einhaltung einer Frist von
30 Tagen, gerechnet vom Tage des Abgangs des
eingeschlebten Urteiles, aufgekündigt wird.

Im Falle des Eintretens einer unerwarteten
arbeitsrechtlichen Teverung kann ohne Rücksicht
dieses Abkommens eine Besprechung der
beiderseitigen Hauptvorstände zum Zwecke des
Gleichausgleichs und der zentralen Befriedigung
der Wünsche der Arbeiterschaft stattfinden, wobei

jedoch Voraussetzung ist, daß jedwelche örtliche
Selbsthilfemaßnahmen unterlassen werden.

VI.

Durch die Ausskündigung dieses Abkommens
wird der Fortbestand der übrigen Bestimmungen
der Reichsstatistikvertragsgemeinschaft nicht in
Frage gestellt. Gleichzeitig mit der Ausskündi-
gung des Abkommens muß die kündige Partei
ihre Abänderungsvorschläge unterbreiten.
Die erforderlichen zentralen Verhandlungen
haben dann binnen 3 Wochen, vom Kündigungs-
tag ab gerechnet, zu beginnen.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt euch durch vorsichtige Be-
tragzahlung eurer Rechte an den Verband. Wer
mit seinen Verträgen sich im Aufruhr befindet,
hat keinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Der 46. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche
vom 13. November bis 19. November.

Der 47. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche
vom 20. November bis 26. November.

Folgende Ortsgruppen haben für das III.
Quartal abgerechnet:

1. Bezirk: Augsburg, Bamberg, Ingol-
stadt, Kempten, Würzburg.

2. Bezirk: Darmstadt, Freiburg, Illig-
heim, Kaiserslautern, Speyer, L., Sorgenloch,
Saarlau, Ulm.

3. Bezirk: Aachen, Bernkastel, Bonn,
Coblenz, Coesfeld, Datteln, Dortmund, Essen,
Ruhr, Gelsenkirchen, Herk, Lippestadt, Neuh.,
Paderborn, Reddinghausen, Trier, Wittlich, Warburg, Hardt, M.-Gladbach, Weg-
berg, Wiers.

4. Bezirk: Osnabrück.

5. Bezirk: Breslau I u. II, Dresden, Glad-
bach, Hindenburg, Liegnitz, Reisse, Ratibor, Zwischen-
Oppeln.

Der Zentralvorstand.

Z. B.: U. Schwarzenau.

Aus der Hutfbranche.

Monopolstreben. Zwischen dem Verband
der oberhessischen Hutfabrikanten und der
Vereinigung der deutschen Bandgroßhändler, so-
wie dem Verband der Seidenindustrie Deutsch-
lands ist ein Übereinkommen getroffen wor-
den, nach welchem die Großfirma-Verbindung die
Auslastung des Textil-Einzelhandels erzwingen
will. Den Mitgliedern der Großhändler-
Verbindung ist seitens der Fabrikanten ein
überprozentiger Preisnachlass gewährt worden. Den
Verbrauchern — u. a. den Hutfabrikanten und
Hutmärkten — soll dadurch der direkte Bezug
von den Hutfabrikanten unmöglich gemacht
werden. Momentan sollen die Hutmärkte
durch die Preisvorzüglichkeit des Großhandels ge-
zwingt werden, beim Großhandel zu kaufen
und auf den direkten Bezug beim Fabrikanten
zu verzichten.

Diese Maßnahmen haben nun den Reichsbund
des Textilhandels auf den Plan gerufen. Dieser
hat seinerseits eine Zusatzsperrre über die Ver-
einigung der deutschen Bandgroßhändler ausges-
prochen. Den Mitgliedern des Reichsbundes ist
es unterlaßt, bei den organisierten Bandgroß-
händlern zu kaufen. So wird hier wieder ein
wirtschaftlicher Kampf ausgefochten, für den
letzten Endes die Verbraucher und die Män-
nlichkeit gewinnen müssen, denn darüber besteht kein Zweifel, daß die Monopolstreben distiert wer-
den von dem Bestreben, einem kleinen Kreis von
„Vollgenossen“ die Preisgestaltung der Waren
in die Hand zu stecken. Wie dann die Preise
aussehen werden, können wir uns ausmalen.
Die Rundschau wird am Ende nicht mehr in der
Page sein, die hohen Preise anzulegen, mit Aus-
nahme der Kreise, denen die Papiercheine auf
ähnliche Weise aufliegen, wie den Großhändlern,
welche die Gewinne mühselig einkämpfen. Es
ist ein Skandal, daß 74 — meist lädierte — Groß-
händler in der Vereinigung der deutschen Band-
großhändler sich zusammen lassen, daß sie allein

das Recht haben müssen, die Verbraucher mit Ware zu beliefern und die Preise zu diktionieren. Wäre es nicht besser, wenn man diese Elemente zwingen würde, durch produktive Arbeit ihren Teil zum Wiederaufbau Deutschlands beizutragen? Es ist nachherade bald so weit bei uns, daß die aufbauende Tätigkeit fast ausschließlich auf der handarbeitenden Bevölkerung ruht. Wie lange noch? —

Diese Zeilen waren niedergeschrieben, als gemeldet wurde, daß die vom Reichsbund des Textileinsatzes die über die Mitglieder der Vereinigung der deutschen Handels- und Händler verhängte Auflösungsliste unter dem Druck der gegenwärtigen Haufe aufgehoben werden müsse, obwohl es in langwierigen Verhandlungen mit der Vereinigung nicht gelungen ist, sie zum Vericht auf den Schuh-Stoß zu bestimmen, mit dem der unliebsam empfundene Wettbewerb der Außenleiter im Interesse einer monopoliistischen Kartellpolitik niedergewungen werden soll. — Geseitigt hat also in diesem Kämpfe wiederum der Helded. Wenn endlich wird die Regierung dafür sorgen, daß derartige Maßnahmen unterbunden werden? —

Neue Föhne im Augsburger Punktewerke. Ab 1. Oktober gelten für das Punktewerke in Augsburg nachstehende Monatsabzüge:

A. Klebinas:

Im ersten Jahre	40.—
im zweiten Jahr	20.—
im dritten Jahr	115.—

B. Arbeiterinnen:

Im ersten Jahre nach der Geburt	230.—
im zweiten Jahr nach der Geburt	200.—
im dritten Jahr nach der Geburt	100.—
für Anfangsgarniererinnen	600.—
für zweite Garniererinnen	800.—
für erste Garniererinnen	780.—

Ein offenes Wort an unsere Augsburger Gewerkschaftsmitglieder.

Wir schon haben Sie die Mitglieder aus der Augsburger Strahlindustrie gebührt, daß Ihre beruflichen Interessen in dem früheren Nachblatt besser hätten wahrgenommen werden können, als in der „Kleidungsgewerkschaft“. Wir wollen einmal daran gehen, die Rechte einer näheren Bedeutung zu unterziehen.

Gewerkschaft und Familie.

Bon A. Jannasch.

Die christlichen Gewerkschaften sind Mittelpunkt ernster Berufs- und Standesbestrebungen, für leichten und übermäßigen Vergnügungsumlauf darf in den christlichen Gewerkschaften kein Platz sein. Auch unsere leistenden Gewerkschaftsfeste sollen nicht lediglich der Feierfeier dienen. Sie sollen uns über den Alltag hinausheben, das Zusammenführungsgefühl stärken und im besten Sinne des Wortes Familienfeste sein. Welche materiellen und immateriellen Beziehungen bestehen zwischen christlichen Gewerkschaften und Arbeiterfamilie? Die Familie ist engste Wirtschaftsgemeinschaft. Innerhalb des Helms der Familie, in der Hauswirtschaft, ist der solidarische Kernpunkt: Alle für einen und einer für alle am reinsten durchgeführt. Der Vater verdient mit seiner Arbeit den Unterhalt der Familie, die Mutter über den Haushalt und gemeinsam pflegen sie die Kinder. Die wirtschaftliche Grundlage der Familie ist der Arbeitsvertrag des Vaters, der Arbeitslohn. Gültige Arbeitsbedingungen, günstige Lohnverhältnisse des Vaters sind die Voraussetzung für eine gesunde Arbeitsbeschaffung der Familie. Schlechte Lohnverhältnisse des Vaters bedingen ungünstige Erfüllungen, Kleidungs-, und Wohnungsverhältnisse für die Arbeiterfamilie; benötigen die Mutter zur Ausübung von Lohnarbeit und entziehen sie damit ihrer ursprünglichen Aufgabe: Oedenrathliche Führung des Haushalts und Erziehung der Kinder. Zood und Ziel der Gemeinschaft ist in erster Linie die wirtschaftliche Erhebung der Arbeiterschaft durch Errichtung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Freiheit der Gewerkschaften auf diesem Gebiete und allgemein bekannt. Jeder Arbeiter hat daher als Familiennatur die Pflicht, sich in den gewerkschaftlichen Organisationen zu beschäftigen. Keine Arbeitfrau hat aus den gleichen Gründen das

Zunächst eine Feststellung. Ein Nachblatt in ungefährer Aufmachung wie die frühere Zeitung: „Augsäuer Strahlarbeiter“ würde unter den leichten Verhältnissen mindestens 20.000,- pro Jahr kosten. Sind die Augsäuer Mitglieder bereit, ihren Beitrag um so viel zu erhöhen, daß wir uns die Ausgabe leisten können und anderthalb die Verbandsfeste gestärkt wird, um auch einen Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugleich einzugehen zu können? — U. U. m. q. Ein weiteres: Wo sind die Mitarbeiter an unserem Organ? — Die Mitarbeiter darf nicht einem einzelnen überlassen werden. In der Strahlindustrie haben wir eine Unzahl beschäftigter Kollegen, die sehr wohl in der Lage sind, einen lehrreichen Artikel aus der Branche zu schreiben. Warum geschieht das nicht? — Gewiß, so einfach ist die Mitarbeit nicht, wie an dem Nachschreiben kritisieren. Bei einiger Anstrengung aber wird es gelingen. Die Redaktion ist dankbar für jeden brauchbaren Artikel.

Zudem: In denn die „Kleidungsgewerkschaft“ wirklich so schlecht, daß sie nur Kritik verdient? — Wir sind nicht so veranlagt, daß wir nur das eigene Produkt als gut und schön ansiehen, aber eines glauben wir doch feststellen zu dürfen, daß die „Kleidungsgewerkschaft“ sich im Vergleich zu anderen Gewerkschaftsbüchern sehen lassen darf. Und wenn auch ab und zu eine Nummer ins Land gehen muß, die nicht voll den berechtigten Ansprüchen genügt, so ist es nicht immer die Schuld der Schriftleitung. Es kommt vor, daß infolge anderweitiger Anspruchnahme die Schriftleitung für eine Nr. nicht mehr als 2 Tage Zeit aufzuwenden kann. Das dann ich hier und dort Mängel zeigen, ist wohl begreiflich. Unsere Meinung steht dagegen, daß die Mitglieder jeden Artikel ihrer Zeitung lesen sollen. Wenn sie das tun, so werden sie sich bald Interesse für den Inhalt bekommen. Sie werden dann ferner ihr Allgemeinwissen so bereichern können und sich im wirtschaftlichen Leben so auskennen, daß sie nicht für jede Kleinigkeit den Zeitredner zur Hand haben müssen. Also, Ihr lieber Kolleginnen und Kollegen, nicht nur feierlich sondern mitarbeitend, den Inhalt unserer Zeitung verstehen lernen und praktischen Nutzen aus ihr ziehen, dann wird auch die „Kleidungsgewerkschaft“ für die Augsäuer Mitglieder ihren Zweck erfüllen.

Andere Mitglieder leben in dem Glauben, sie müßten das, was sie dem Verbande an Beitrags-

gaben erlaubten, besser und preislich zu Herstellungungen vor herausholen können. Das sind die ganz wenigen. Als wenn die Organisation weiter Ausgaben hätte, als für die Unterstützung. Sie müssen auch in der Branche einmal ganz aufreden. Und da mag man es uns nicht verden, wenn wir es ohne Umhause sagewak die Beiträge, die aus den Mitgliedern aus der Augsäuer Strahlindustrie gezahbt werden, unter den leichten Verhältnissen so jaa sind, daß davon kaum die Verwaltungskosten und was damit zusammenhängt, bezahlt werden kann. Rechnet nicht eine Beträcknach nach Friedenswähren und fragt ewann ob wir nicht recht haben. So kann vielleicht auf die Dauer nicht mehr gehen. Wir den nur dann eine kollektive Organisation halten, wenn die Beiträge ebenso mit beobachtet werden, wie die Gewerkschaften. Unds möst ihr doch sicher alle Gedanke wie im jähn haben alle Ursache, auf der Welt zu seitige Arbeitant haben. Mit der wirtschaftlichen Organisation nur mit Selbstwillen anrechn und lehnen den Tag zurück, wo sie wiederum die Bildfläche verklammert. Sie wissen ja auf, daß dann wieder die Weinen doppelt. Es liegt im wohlmeintenden Interesse aller Branchenmitglieder, will keinerlei alte Sichtung und vorletzte Ausbreitung der panisation zu wirken. Nur durch den Verbandungen wir unsere Zukunft schaffen.

Mitteilungen.

Von den Fischen, die wir in kleinerem Format herstellen, sind noch eine Anzahl Exemplare vorhanden. Dieselben können an unserem Bild-Lindenberga. Holzstabe zum Preis von 1.— abzuholt werden. Darauf machen wir einer darauf aufmerksam, daß es während dieser über die zu zahlenden Kosten umgehend zwischen sind, damit Abhilfe gegeben werden kann. Meist werden solche Bilder so leicht eingekauft, bzw. vorgetragen, daß es sehr schwer ist, die Sache nach einander zu klären. Naches muß in Zukunft anders werden.

Die nächsten Wochen müssen wir planmäßige Werbung in unsere Organisation ausserordentlich verstärken, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Nicht verlieren sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, um so mehr sollen wir darauf bedacht sein, die Rechten zu fördern.

lebendige Heiligkeit. In den christlichen Gewerkschaften wird gelebt, daß die Förderung des Eigentums nicht getrennt werden kann von der Förderung des Gemeinwohls und daß Öffentlichkeit für das Gemeinwohl eine hohe Heiligkeit hat. Dabei sei ausdrücklich betont, daß die christlichen Gewerkschaften die laienlichen wirtschaftlichen Arbeiterversammlungen welche es als „Geliebte“ bezeichnen, als in ihrer Grundsubstanz verehrlich ablehnen, sie nicht als selbständige Arbeiterversammlungen anerkennen, und auf die unbedingte Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Arbeitersbewegung den christlichen Wert legen. Von der Familie als Keimzelle der Standesgemeinschaft und der Berufsgemeinschaft und der Berufsgewerkschaft wendet sie der Blick von selbst auf die organisierte Weiterbildung beider Grundformen. Eine Körperschaft von Familien bildet die Gemeinde, eine Gemeinde von Familien das Volk, den Staat. Eine Körperschaft von Berufsgruppen der Gewerkschaften bildet das Kastell und die Industriestraffung aller die Gesamtbewegung. Eine mächtige Grundform des Volks- und Wirtschaftslebens kann nur aus der christlichen Familie und der christlichen Gewerkschaften entstehen. Gott und Menschheit tragen an der Tafel des Eucharistie der christlichen Gemeinschaften, der mächtigen Einheitsgemeinschaft, der geistigen Einstellung auf den Dienstgott, an der Selbstlosigkeit. Eine Einführung des Menschen in die Lebensverbundenheit der Familiengemeinde und Volk von Gott, Stand und Menschen ist uns not. Wie das kann, die Familiengemeinde die Eheverantwortlichkeit und der Mann der Ehehaftigkeit die Standesgemeinschaft umstellt, so läßt die Kirche in Gott und Mensch die aktiven Gemeinschaft und das Prinzipien der gemeinsamen Tat und Gnade verbundenheit alle lebendigen Kreise entstehen mit nach dieser Erkenntnis denn wie die christlichen Gewerkschaften dazu bestimmt, Säugern der Volksverhetzung zu bibben.

Christlich-nationale Konsertagung

Einen glänzenden Verlauf hat die in Ebingen stattgefandene christlich-nationale Arbeitstagung. Nach einleitenden Eröffnungsworten des Versammlungsleiters, Sekretär Söllie, erhielt Herr Sekretär Hoga aus Stuttgart das Wort zu seinem Vortrag.

„Die wirtschaftliche und soziale Zukunft.“ In der Vergangenheit und Zukunft. An übersichtlicher Weise schafft der Referent die Wirtschaftsordnungen der Vergangenheit. Ausgehend von der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Mittelalters zu der hohen Blüte der kapitalistischen Vorstadt, die einst unter deutsches Volk eine Machtstellung auf dem Weltmarkt erlangt haben, anbergehrte aber gewaltige Verhältnisse zum besonderen Schaden der Arbeiterschaft gezeigt haben.

Die Entwicklung der kapitalistischen Weltordnung, welche die gewaltige Unvereinbarkeit mit sich brachte, suchten Marx und Engels durch die Gedanken des Sozialismus zu überwinden, aber die Vergangenheit zeigt uns deutlich, dass die sozialistische Erziehung nicht imstande ist, die wirtschaftliche Lage unseres Volkes zu bessern. Der Referent schilderte dann die christliche Gemeindewirtschaft nur allein imstande sein wird, eine andere Wirtschaftsordnung zur Verbesserung der Unsicherheiten der Arbeiterschaft zu erreichen.

Als zweiter Redner sprach Dr. Sekretär Koch aus Ulm über:

„Christliche Gewerkschaften zum Wiederaufbau Deutschlands.“ Klare Wege und Ziele zeigten die Ausführungen, besonders über die Überwindung des kapitalistischen Systems, anstelle der die Gemeindewirtschaft treten soll. Neuerlich erschienen waren seine Darlegungen über die Art der Tiefbaupolitik.

Dr. Redner schilderte dann die Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte auf gesellschaftlichem Gebiete unter Hebung sozialistischen und politischen Kräfte im Volk, weil er darauf die Grundlage geschaffen werden soll, auf der das Verantwortungsgefühl gegenüber dem Nebenmenschlichen Verantwortung findet. In beiden Reden wurden lebhafte Beifall und wurde von der Versammlung folgende Enthaltung angenommen:

Die heutige Arbeiterschaft ist christlichen Gewerkschaften in Ebingen erstmals in den Gründächern des Essener Kongress. Neuorientierung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Die Grundlagen zum Wiederaufbau des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft.

Eine Zusammenfassung aller Kräfte im deutschen Volksleben, die wirklich deutsch, christlich, demokratisch und sozial denken und bereit sind, sich auch hierfür mit ganzer Kraft einzusetzen, ist unerlässliche Bedingung. Als Mittel hierzu verlangen wir in erster Linie völlige soziale und politische Freiheit. Auf dieser Grundlage wird sich das, was heute gut sei, und in seinem Kern Lebensbedeutung hat, entwideln und auf wirtschaftlichem Gebiete die Wertschätzung des Arbeiters im Produktionsprozess zeigen. Der Arbeiterschaft Anteil haben an dem, was keine Hände eignen. Dies soll erreicht werden durch die Überwindung des kapitalistischen Systems, anstelle dessen die Gemeindewirtschaft treten soll. In ihr wie vollberechtigt aber auch voll verantwortlich leben wollen. Selbstverwaltungskörper unter tätiger Mitwirkung aller Arbeitenden auf dem Wege der organischen Entwicklung. Dem Bucher und Ausbeutungsgeist stehen wir das Tatherrntum entgegen. Nicht durch Klassenkampf wird eine neue Welt erobert werden. In dem Gedanken der Städteversammlung liegt die Überwindung der Klassenunterschiede und die bestreitende Tat zu einem neuen Menschenbildern.

„Allen, die es auf mit Volk und Vaterland mögen, erinnern wir an: Auf zur Stärkung unserer Freiheit! Auf zum Christentum und die willkürlichen Gewerkschaften!

Jugendtag in Rehberg

Die Jugendtagung der christlichen Gewerkschaften in Bayern am 2. Oktober in der alten Donaustadt Rehberg war für die Jugend ein

großer Tag. 200 Delegierte aus den verschiedenen Orten versammelten sich vornehmlich bereits am Vortag. Ein schöner Begegnungstag ging der Tagung voraus. Mit großer Freude wurden dabei die Freunde der Schweizer und Österreichischen Jugend aufgenommen, welche von den Vertretern Biel, Solothurn und Busch, Innsbruck übertragen wurden. Der christliche Geist, der unsere Arbeit belebt und in den deutschen Herzen unserer Bann. Jugend sich mit wachsenden Eifer einwurzelte, gewinnt auch seitens der beiden Grenzen breiteren Boden.

Früh morgens nach gemeinsamem Kirchgang wurde bereits mit der Arbeit begonnen. Mit großer Auferksamkeit und Elter wurden die einzelnen Referate verfolgt. Es sprachen: Mayer-Münch über „Ziel und Aufgaben unserer Bewegung“, Fassler-München; „Aufgaben der Jugendvertrauensleute“. Bosbach-München: „Bildungsarbeit für unsere Jugend“. Biel-Solothurn: „Der Geist der Jugend“. Wohl lassen werden diese Fragen für die christliche Gewerkschaftsjugend in so tiefer und verständnisvoller Art behandelt, als es hier geschah. So sehr heute ein Zustand in geistiger Not unter der Arbeitersjugend zu beobachten ist, an welchem die sozialistische Jugenderaffirzung nicht ganz unschuldig ist, muss ein Hauptpunkt der Gewerkschaftsaufgaben die Erziehungsarbeit sein. Für Klassenarbeit und die materialistische Auffassung im Organon des Volkes darf sie die deutsche Volkgemeinschaft sein. Viele mehr sein. Drei Sterne müssen auch für das Ziel der Jugend leuchten: „Christlich, sozial u. deutsch.“ Nicht allzu darf der Jugendgeist sein. Der Wille zum Streben und Lernen auf praktischer und wissenschaftlicher Grundlage bietet die Gewähr zur notwendigen Hebung. Der Geist muss ertragen sein von Opferlust, Treue und Ausdauer. Vielen eintretenden Silbernen muss der junge Gewerkschaftler trocken, so wie die Berge des ewigen Schnees allen Stürmen trocken.

Vorträge, Kurse, Führungen, Benutzung der Bibliothek, Nachrichten, Verbandsorgan und Pflege der sozialen Tidung müssen dem jungen Gewerkschaftler als Bildungsmittel dienen. Für die Arbeit muss das Wort aus Webers Dichtebuch standen gelten:

„Willen heißt die Welt verkehren,
Willen lebt vertraulich Seinen
Und der Stunde, die da flüstert,
Wunderliche Zeichen deuten.“

Die aufragende Aussprache zog neben den Besitztümern über die Christverhältnisse, das von den Anwesenden auch der tieferen Kern unserer Gewerkschaftsbewegung erkannt wurde. Dem Gedanken wurde eine besondere Ausprägung gegeben, da in der gewerkschaftlichen Jugendbewegungswelt vor allem notwendig ist, dass der christliche Weltanschauung überzeugt und erfüllt zu sein. Weiter zeigte aber auch die Aussprache, mit welcher Sicht und Willenskraft die jungen Gewerkschaftler und Gewerkschaftsleute bestreit sind, das Ideal und die großen Ziele in die Jugendstufe hineinzutragen. Mit einem kräftigen Hoch auf unsere Bewegung und dem Ausruf „Jugend, du daran“ endete die denkwürdige Tagung.

Unschlüssig sollte alsdann in geschlossenem Zug und unter Gelang die Festigung der Freiheitsstunde. Einer dorthin Führung ging eine Aussprache über die Bedeutung des großen Denkmals voran. Spiel und Lust kamen an dem herrlichen Herbstabendmittag ebenfalls zur Geltung. Freude und Zufriedenheit lag abends auf allen Gesichtern, als mit dem Wunsche eines baldigen Wiederzusammenkommens die Beteiligten in ihre Heimatorte zurückzutreten.

Auch die Kolleginnen und Kollegen unseres Verbandes müssen mehr als bisher aufwarten, die Notwendigkeit der Jugendbewegung erkannt und in ihren Kreisen ausdrückend wirken. Nicht Verständnislosigkeit und Skepsis trübt für die Gewerkschaft das sich dem Widerstreben der Jugend entgegenstellen. Es gilt, unklare großen Zielen kennen und sich zu setzen. Einzelnen sind wir zu schwach, sie zu erringen. Darum auf zum Zusammenklang und zur freudigen, tatkräftigen Mitarbeit! Nur so schaffen wir für uns und unter Volk eine bessere Zukunft!

Rundschau

Christliche Gewerkschaften, führt eure erwerbsfähigen Frauen und Töchter den christlichen Gewerkschaften auf. Jeder christliche Gewerkschaft sollte sich darum bestimmen, wo eine Frau und Tochter organisiert sind. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Vorerst ist es aber nicht immer der Fall. Oftmals wird gar nicht darauf geachtet oder es wird die Zugehörigkeit zu einer den christlichen Gewerkschaften zugehörigen gegenüberstehenden Organisation ruhig hingenommen. Hunderte von Fällen liegen so als Beweis dafür an. Das ist eine für unsre gute Bewegung schädliche Gleichgültigkeit. Eine solche Gleichgültigkeit ist unerträglich. Sie hemmt die Entwicklung der christlichen Arbeiterinnenbewegung ungemein und zeugt jedenfalls nicht von echtem Geist in den Kreisen unserer Bewegung. Für jeden Berufszweig, wo weibliche Arbeitnehmer in Frage kommen, gibt es heute eine christliche Berufsorganisation. Wenn ihr nicht klar darüber seid, welches die zuständige Organisation ist, so erkundigt euch beim Ortskartei. Auf jeden Fall ist es eure Pflicht, mit dafür zu sorgen, dass die christlichen Arbeiterinnenbewegung weiter auf Boden gewinnt. Es liegt dies auch in eurem Interesse.

Letzte Nachrichten

Neue Löhne in der Herrenkonfektion.

Die zentralen Verhandlungen in der Herrenkonfektion führten am 8. November zu einem neuen Lohnabskommen. Für eine Anzahl Orte wurde ein erhöhter Stückzuschlag zum Grundlohn gewährt. Der Teuerungszuschlag wurde von 740 Prozent auf 950 Prozent erhöht. Gerner wurde ein Heimtarifzuschlag von 4 bis 8% erstmals festgestellt. Die Zeitlöhne werden um durchschnittlich 25 Prozent aufgebessert.

Die im Stücklohn beschäftigten Arbeitnehmer erhalten die neuen Löhne für die ab Montag, den 7. November 1921 aus Arbeit kommende Ware, die Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen ab Montag, den 31. Oktober 1921.

Den Ortsguppen in den Konfektionsbezirken sind die Vereinbarungen im Wortlaut zugegangen. Die Veröffentlichung des ganzen Abschlusses erfolgt in der folgenden Nummer.

Siehe sofort einen
tüchtigen späteren)

Gehilfen

(Stadt), welcher selbstständig arbeiten kann, auch auf Großstadtkauf und evtl. mit Anprobe vertraut ist, für dauernde Beschäftigung. Rost u. Logis im Hause. Vergütung nach Überleistung bzw. nach Leistung. Elektrische Bogenleuchtung vorhanden. Gute Bezugslage und anständige Lebensweise erforderlich.

Hh. Rehm,
Norddeich bei Cuxhaven.

Städt. Facharbeitsnachweis für d. Kleidungsgewerbe.

Köln, Fabrikstraße 8.
Es wird sofort gesucht:

la. Schwarzarbeiter
la. Röder und Valetoschneider, la. Holz- u. Konfektionschneider, tägliche La Schneider. Von auswärts kommen jedoch nur ledige Bewerber in Frage.

Hersteller

Damenkleider
30 Jahre, selbstständig
Arbeiter, sucht per L.
od. 15. Dez. Stellung,
wohlgelehrte Gelegenheit
geboten wird, sic
in der feinen Herzen
schneiderei einzuarbeiten.
Angebote unter H. G.
an die Interessen Abt
Berlin, Modernitz. G.

Wir suchen per sofort
mehrere

Groß- und Kleinkaufs-
arbeiter

für dauernde Beschäftig-
keit. 3. R. Hohenbühl,
Abteilung Blaumühle

Damenkleider
nur erste Kräfte, für
dauernde Beschäftigung.

Rose & Co. Dortmund.

Kaufarbeiter

stellt sofort ein Mo-
derates, Bremerhaven

Neueste Erscheinung auf dem Gebiete der Fachliteratur

in das vom Schnellermeister und Fachleiter J. Kumpf zum Selbstunterricht vorliegt

Lehrbuch über den Zuschnitt der Damengarderothe

dessen Inhalt sowohl für jeden Maß wie Konfektionschneider ebenso wertvoll wie angbringend ist.

Glänzend begutachtet von ersten Fachleuten, die auf langjährige Praxis zurückblicken.

„Ich habe das gefunden, was ich schon immer suchte.“

Herrn Kumpf!

Endlich das Lehrbuch zum Einbinden zurück und hoffe, es bald wieder in meinem Besitz zu haben, da ich es sehr nötig gebrauche. Auch stelle ich Ihnen meinen Namen für Donschreiber und Empfehlungen zur Verfügung und spreche ich Ihnen meine volle Zufriedenheit über Ihr System aus. Ich habe das gefunden, was ich schon immer suchte.

Mit kollegialem Gruß Paul Seewohl, Jatzditz, 4.

In diesem modernen Werk der Schneidekunst ist dem Nachmann — auf 282 Seiten durch 188 Schnittzeichnungen und Abbildungen sowie viele photographische Aufnahmen — das Wahrnehmen und Schnittzähnen verschiedenster moderner Jackenformen, Mantel, Raglans, Schürper, Rimononähte, Peterinen, Capes, Kremel usw. überaus gründlich dargestellt und veranschaulicht. — Außerdem enthält das Lehrbuch einen hochinteressanten Aufsatz über

„Die Bildung des guten Geschmacks im der Damenschneiderkunst“ aus der Feder eines berühmten Spezialisten, dessen Ausführungen durch 2 Farbtafeln unterstützt werden. — Auf seines Illustrationspapiers gedruckt, elegant gebunden, beträgt der Preis für dieses moderne Werk der Damenschneiderkunst Mark 10.— und Mark 2.— für Porto extra, gegen Nachnahme Mark 12.—. Som 15. November 1921 ab lohnt das Buch Mark 12.— und Porto extra.

Man bestellt am einfachsten durch Zahlkarte auf Postscheckkonto Berlin 100 002 von der

Privat-Zuschneide-Schule J. Kumpf,
Berlin SW 48, Friedrichstraße 15.

Subskription.

Am 1. Dezember 1921 erscheint ein großes Fachwerk für die gesamte Schneiderwelt!

Die Sammlung sämtlicher Schnittmuster (Modelle 1922)

Wir haben bis heute von unseren berühmten und beliebten Schnittmustersammlungen zirka 50 000 Stück verkauft und Tausende von Anerkennungen erhalten. Die neue Auflage, welche am 1. Dezember erscheint, übertrifft jedoch alles, was bis jetzt da war. In Originalgröße sind unsere anerkannten Grundmodelle erschöpfend aufgezeichnet, jede Abänderung genau vermerkt und angegeben. Von den Kinderanzügen, Jünglingsachen bis zu den komplizierten Sportsachen für Herren herauf haben Sie sämtliche Großen und sämtliche Kleidungsstücke. Für Dickbauch, für übermäßig Große und Schlanke, für Aufrechte und Geneigte, für X-Beine und O-Beine, für breite und schmale Achseln sind die Abänderungen der Modelle angegeben, so daß es kinderleicht ist, für jede Figur das richtige Modell herauszukopieren. Ferner legen wir noch eine Broschüre bei, welche die praktische Stoffteilung, Anprobe und Verarbeitung behandelt und auch dem tüchtigsten Schneider manchen praktischen, wertvollen Hinweis gibt. Trotz der enormen Teuerung kostet dieses wertvolle Werk komplett nur Mark 75.—. Wer jedoch heute schon bestellt und bezahlt, erhält das Werk für Mark 60.—, erspart außerdem noch Mk. 6.50 für Porto- und Nachnahmespesen; somit eine Gesamtersparnis von Mk. 21.50. Benötigen Sie diese günstige Gelegenheit, welche nur bis spätestens 1. Dezember 1921 gilt. Dieser geringe Betrag reicht sich 100fach. Garantie wird in jeder Weise geleistet. — Betrag auf Postscheck-Konto München 23378 einsenden:

Deutsche Bekleidungs-Akademie, München
Schellingstr. 39 M. MÜLLER & SOHN. Postscheckkonto München 28878

Zuschneidekursus im Essea.d.Ruhr.

Weißlichen Wien entsprechend werden wir im Monat Deber in Essen a. d. Ruhr einen Tagesskursus Herren- und Damenschneideret abhalten. Uhrzeit: 10.00 Uhr Donnerstag, 1. Dezember 1921. Unterricht täglich von 8 bis 2 Uhr.

A Nähere durch die Private Zuschneide-Schule der Zuschneide-Vereinigung Rheinland und Westfalen, R. 1. St., Neumarkt 27/29.

Tüchtige

Schneidergäste,

die Gelegenheitsboten
wird, sich inner-
jochen auszubauen, so-
gleich, Dienstzeitung.

Max Lax

Schniederet.
Rummelsburg Pom.
Ernstthal

Mehrere tüchtige

Rockschnelder

finden im
leinstein Spezial-
maßgeschäft
der schönsten Großstadt
Norddeutschlands
dauernd Beischaltung.
Schröder, Hannover
Thielenplatz 2.

Erfahren, Groß- stückarbeiter

für dauernd gef. Stunden-
lohn M. 7.10. Wohn. vora.
Heiner. Höhr. Hornei. W.
Mont. Dienstl. 21.

Tücht. Rock- und Hosen schnelder

für dauernd gef. Stunden-
lohn M. 7.40. W.
Ludwig. H. W.
D. Cromm, Herten 1. W.
Ewaldstr. 102/104.

Tücht. Rock- und Hosen schnelder

für dauernd nach 1. Tarif
(Stundenlohn 7.40 W.)
Ludwig. H. W.
D. Cromm, Herten 1. W.
Ewaldstr. 102/104.

Tüchtige Großstück- schnelder

für dauernd, schlüssig.
Tariflohn 3.
Kur eröffniss Klärs-
wollen Offizierlehrend.
Heinrich Kuffeld

Wohngesell.
Halberstadt. Harz.
Kallexitte 18.

Junger, kluger
Schnelderhilfe

dem Gelegenheit geboten
wird, sich an Großkü-
chen anzubauen, gefüllt.
Kulin. Wohn. im Hause.
Dauerung.

O. Taube, althaus
bei S. Dahl.

Ein tüchtiger
Großstückarbeiter

II. 1. Hosen schnelder
für dauernd, schlüssig.
lofort sucht.

Bernhard Leumann
Preysing.

Großstück- arbeiter

für kleinste Nacharbeit
geföhrt. Bohlenlohn
M. 8.-00.

S. Görig Jr.

Oberlein a. d. Nähe.

Mehrere tüchtige Großstückarbeiter, mehrere tüchtige Kleinstückarbeiter

für 1. Reichstafel
Stundenlohn 7.40 W.
per sofort gefüllt.
Bei zufriedenstellender
Leistung wird nach vier
Wochen Reise vergütet.
D. Cromm, Herten 1. W.
Ewaldstr. 102/104.

Zwei tücht. Großstückarbeiter

zu sofort oder später gefüllt. Kosten und Woh-
nung im Hause. Angebote an
G. K. Co. Schumann, Ibbenbüren.

Tüchtige Großstück- und ein Tagsschneider

bei hohen Lönen gefüllt.
Reisevergütung nach 3 Monaten.

Niels & Co., Witten-Ruhr.